

**6/2007**  
Dezember

## **Wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Tschechischen Republik im Jahr 2007**

**Ing. Eva Zamrazilová, CSc.**

Externe Mitarbeiterin der Hochschule für Wirtschaft und Management in Prag

### **1. Politische Entwicklung**

Das Jahr 2007 begann mit der Regierungsbildung. Präsident Klaus ernannte offiziell die zweite Regierung von Mirek Topolanek, dem Vorsitzenden der obsiegenden Partei ODS (Demokratische Bürgerpartei) aus dem Wahljahr 2006. Da im Jahr 2008 auch die erste Amtsperiode des Präsidenten Vaclav Klaus endet und dieser auch von der ODS unterstützt wird, begannen die übrigen Parteien im Laufe des Jahres 2007 nach möglichen Gegenkandidaten zu suchen.

#### **1.1 Neue Regierung**

Die Regierung von Mirek Topolanek wurde von Präsident Klaus am 9. Januar 2007 vereidigt. Zehn Tage nach der Bestellung erhielt die neue Koalitionsregierung wie erwartet auch das Vertrauen des Abgeordnetenhauses. Die Regierung besteht aus zehn Vertretern der ODS, fünf Vertretern der KDU-CSL (Christdemokraten) und vier Ministern der Grünenpartei. In der Regierung waren zum ersten Mal vier Frauen als Ministerinnen vertreten, so viel wie noch nie in der tschechischen Geschichte. Erstmals in der tschechischen oder auch tschechoslowakischen Geschichte wurde eine Frau Verteidigungsministerin – Vlasta Parkanova (KDU-CSL).

Zwei Wochen nach der Regierungsbildung kam jedoch schon die erste Änderung, als die christdemokratische Kulturministerin Helena Trestikova die Regierung verließ, angeblich wegen des politischen Druckes bei der Besetzung der Staatsministerposten. Im Februar begann eine große Affäre um den Vizepremierminister und Minister für Regionalentwicklung Jiri Cunek, ebenfalls ein Christdemokrat, die fast das ganze erste Regierungsjahr beherrschte und die Stabilität der Regierung gefährdete.

Das tschechische parlamentarische Oberhaus, der Senat, entband den Vorsitzenden der KDU-CSL Jiri Cunek, der auch Senator war und damit Immunität genoss, von seinem Schutz. Damit sollten Ermittlungen ermöglicht werden, ob Cunek im Jahr 2002 noch als Bürgermeister der Stadt Vsetin Schmiergelder in Höhe von einer halben Million Kronen angenommen hatte. Premierminister Topolanek wollte ihn trotz dieser Korruptionsaffäre nicht aus der Regierung entlassen. Im April erklärten jedoch die

Grünen, dass sie auf Cunek's Rücktritt beständen und drohten mit dem Verlassen der Regierungskoalition, sollte er nicht selbst gehen. Im August wurden die Ermittlungen gegen Cunek eingestellt. Im November reichte der Vizepremierminister und Minister für Regionalentwicklung dann doch seinen Rücktritt ein.

Ein weiteres Regierungsmitglied, das im ersten Regierungsjahr zurücktrat, war die Ministerin für Schulwesen Dana Kuchtova von den Grünen. Grund für ihre Entlassung war die Unfähigkeit des Schulministeriums, die Verhandlungen über die Inanspruchnahme europäischer Fördermittel zur Unterstützung von Forschung und Entwicklung erfolgreich abzuschließen. Im November wurde der Grünenvorsitzende und Umweltminister Martin Bursik vorläufig mit der Leitung des Amtes betraut. Im Dezember wurde schließlich ein neuer Schulminister ernannt – Ondrej Liska (ebenfalls Grünenpartei). Der Tag seines Amtsantrittes war durch einen Streik der Lehrer gezeichnet, die höhere Löhne verlangen (der durchschnittliche Lohn im Schulwesen liegt unter dem gesamttschechischen Durchschnitt). An jenem Tag blieb etwa die Hälfte aller Grundschulen und weiterführenden Schulen geschlossen.

## **1.2 Wichtigste Schritte der neuen Regierung**

Obwohl die neue Regierung nur über eine hauchdünne parlamentarische Mehrheit verfügt (im Abgeordnetenhaus haben Regierung und Opposition je 100 Stimmen, zwei Abgeordnete der Sozialdemokraten entschieden sich jedoch, die Regierung zu tolerieren und wurden dann auch aus der Fraktion ausgeschlossen), zeigte sie doch im ersten Jahr ihrer Tätigkeit eine gute Aktionsfähigkeit und konnte relativ rasante Veränderungen durchsetzen. Zweimal stellte die Opposition im Laufe des Jahres die Vertrauensfrage – im Juni und im Dezember. In beiden Fällen blieb sie jedoch erfolglos, die Regierung wurde von 101 Abgeordneten unterstützt, dagegen waren nur 97 Stimmen.

In ihrer Programmerkklärung verpflichtete sich die Koalitionsregierung zur Senkung des Defizits der öffentlichen Haushalte auf 3 % des BIP im Jahr 2008, 2,6 % des BIP ein Jahr später und 2,3 % des BIP im Jahr 2010. Das wichtigste Gesetzespaket dazu – das Gesetz zur Reform der öffentlichen Finanzen – wurde im April von der Regierung vorgestellt, im August dann vom Parlament verabschiedet. Die Reform soll ab 2008 unter anderem die Steuern ändern, Arztgebühren einführen und verschiedene Sozialleistungen kürzen. Die Koalition aus ODS, KDU-CSL und Grünen konnte das Gesetz wieder dank der Unterstützung der zwei ursprünglich für die Sozialdemokraten gewählten Abgeordneten durchsetzen.

Im April stellte Gesundheitsminister Tomas Julinek (ODS) seinen Entwurf zur Einführung von Gebühren im Gesundheitswesen vor. Wie er anführte, sollten dadurch unnötige Untersuchungen, Arztbesuche und die Vergeudung von Arzneimitteln eingeschränkt werden. Ein Arztbesuch wird 30 Kronen kosten (etwas mehr als 1 Euro), jedes Medikament auf einem Rezept ebenso 30 Kronen, ein Tag Krankenhausaufenthalt 60 Kronen, der Besuch eines ärztlichen Bereitschaftsdienstes 90 Kronen. Im November stellte der Minister dazu noch ein Handbuch mit detaillierten Informationen für die Bürger vor.

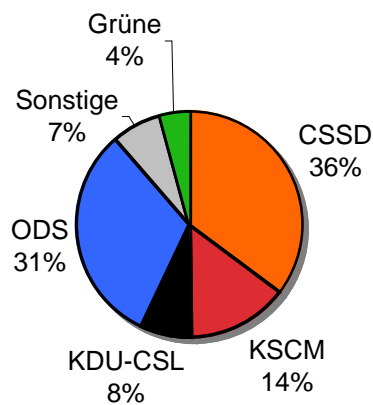
Die Regierung stellte auch ein Maßnahmenpaket vor, mit dem die Rechte von Kindern gestärkt und die beim Schutz von Kindern beteiligten Institutionen besser kooperieren sollten. Im November präsentierte Premierminister Topolánek dann zusammen mit dem Justizminister Jiri Pospisil (ODS) die Prioritäten der Regierung für die tschechische Justiz. Schlagworte sind hier elektronische Datenverarbeitung, bessere personelle Ausstattung der Gerichte und Änderung einiger Gesetze, u. a. auch der Prozessordnungen.

Ende Oktober verkündete Ministerpräsident Topolánek fünf Prioritäten, die er persönlich in seiner Funktion durchsetzen will. Als Schlüsselthemen nannte er eine gesunde Finanzlage, einen modernen und effizienten Staat, „Sichere Bürger in einem sicheren Staat“, die Abschaffung von Barrieren und Förderung von Wissenschaft und Bildung.

Im Laufe des Jahres begann die tschechische Regierung Verhandlungen mit den USA über die Errichtung einer Radarstation im Militärgelände Brdy. Die Radarstation soll Teil eines Raketenabwehrsystems sein, dessen zweiter Teil mit Abfangraketen in Polen stationiert werden soll. Die Amerikaner erklären, dass dieses System die USA und ihre Verbündeten vor Raketen z. B. aus dem Iran oder anderen Risikostaat schützen solle. Der überwiegende Teil der tschechischen Öffentlichkeit ist gegen die Radarstation, bislang ist noch keine endgültige Entscheidung der tschechischen Seite gefallen.

Nach einer Dezemberumfrage der Agentur Median würden Ende 2007 die meisten Bürger die Sozialdemokraten wählen (CSSD - Tschechische sozialdemokratische Partei). Die ODS käme an zweite Stelle. Die Reformen haben der ODS somit eher geschadet. Weiterhin würden auch die Kommunisten (KSCM – Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) sowie die KDU-CSL im Abgeordnetenhaus vertreten sein. Es ist überraschend, dass die Grünen mit 4,4 % an der Fünfprozenthürde scheitern würden, der statistische Fehler der Umfrage beträgt jedoch 1,5 %, weshalb dieser Schluss eher hypothetisch ist. Nach der Umfrage würde die Wahlbeteiligung leicht sinken: 56,2 % der Bürger würden an den Wahlen teilnehmen, im Juni 2006 waren es noch 8 % mehr.

**Abb. 1: Wahlpräferenzen, Dezember 2007**



Quelle: Median

Für die Länder der Europäischen Union wird das wichtigste politische Ereignis des Jahres 2008 zweifelsohne die Verabschiedung des neuen europäischen Reformvertrags sein, der an das Projekt der EU-Verfassung anknüpft. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten haben den neuen Vertrag im Dezember 2007 unterzeichnet und danach folgt die Ratifizierung in den einzelnen EU-Staaten. In der Tschechischen Republik werden die Abgeordneten und Senatoren den Reformvertrag zunächst dem Verfassungsgericht vorlegen. Dieses wird prüfen, ob das Dokument mit der tschechischen Verfassung konform ist. Sollte das Verfassungsgericht feststellen, dass die tschechische Verfassung nicht geändert werden muss, ist keine Volksabstimmung nötig und die Ratifizierung kann im tschechischen Parlament (Abgeordnetenhaus und Senat) erfolgen.

### **1.3 Vorbereitung auf die Wahl des Präsidenten 2008**

Nach der tschechischen Verfassung muss die Wahl des neuen Präsidenten in den letzten 30 Tagen der Amtszeit des Staatsoberhauptes erfolgen. Präsident Vaclav Klaus leistete seinen Amtseid am 7. März 2007 und die Wahlen sollten somit vom 7. Februar bis zum 7. März 2008 stattfinden. Die erste Wahlrunde wird am 8. Februar 2008 durchgeführt.

Im September 2007 kündigte Präsident Klaus offiziell an, für eine zweite Amtszeit als Präsident zu kandidieren. Im Mai hatten sich Abgeordnete und Senatoren der ODS bei einer gemeinsamen Sitzung schon erwartungsgemäß darauf geeinigt, dass sie in den Präsidentenwahlen 2008 wieder Vaclav Klaus als Kandidaten haben wollten, im ODS-Kongress im November wurde dies auch vollends bestätigt.

Im Verlaufe des Jahres fielen mehrere Vorschläge für mögliche Kandidaten. Einer davon war der stellvertretende Senatspräsident Petr Pithart (KDU-CSL). Am 17. September erklärte Pithart jedoch, dass er nicht kandidieren werde. Eine Kandidatur sei für ihn ein schon im Voraus verlorener Kampf. Nur vier Tage danach dementierte auch Vaclav Havel Gerüchte, dass er ein bislang geheim gehaltener Favorit der CSSD für das Präsidentenamt sein könnte. Er erklärte, kein Interesse mehr an der höchsten Funktion im Staate zu haben, die er im Jahr 2003 nach fast 13 Jahren verlassen hatte.

Jiri Paroubek, Vorsitzender der größten Oppositionspartei CSSD, erklärte im Juli, dass sich Christdemokraten, Grüne und Sozialdemokraten bis zur zweiten Septemberhälfte auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen sollten. Eine Einigung mehrerer Parteien auf einen etwaigen Gegenkandidaten von Vaclav Klaus kam dann erst im November, drei Monate vor der Wahl. Die CSSD wollte die Nominierung von Jan Svejnar unterstützen, wenn er auch die Unterstützung weiterer Parteien gewänne. Svejnar wird von den Grünen unterstützt, ebenso von den Senatsfraktion SNK (Vereinigung unabhängiger Kandidaten) und Klub für offene Demokratie. Svejnar nahm die Kandidatur nach Gesprächen mit mehreren Fraktionen offiziell erst Mitte Dezember an. Nach den jüngsten Meinungsumfragen hätte Svejnar bei einer Direktwahl durch die Bevölkerung etwa die gleichen Chancen wie Klaus. Er konnte schnell aufholen – einen Monat früher kannte ihn die Hälfte der Befragten noch gar nicht, Klaus kam auf 62 %, Svejnar auf 15 % Stimmen bei den Befragten.

## 2. Die tschechische Wirtschaft im Jahr 2007

Tab. 1: Wichtigste makroökonomische Kennziffern 2006

Kennziffer	Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007 <sup>+</sup>
<b>Wirtschaftswachstum</b>	%, KP	1,9	3,6	4,2	6,4	6,4	<b>6,0</b>
<b>Industrieproduktion</b>	%, KP	1,9	5,5	9,6	6,7	9,7	<b>9,5</b>
<b>Bauproduktion</b>	%, KP	2,5	8,9	9,7	4,2	6,6	<b>6,0</b>
<b>Einzelhandelserlöse</b>	%, KP	2,7	5,0	2,5	3,8	6,4	<b>7,5</b>
<b>Inflation</b>	%, Ø	1,8	0,1	2,8	1,9	2,5	<b>2,8</b>
<b>Inflation</b>	%, EZ	0,6	1,0	2,8	2,2	1,7	<b>5,2</b>
<b>Produktionspreise</b>	%, EZ	-0,7	0,9	7,7	-0,3	2,6	<b>5,0</b>
<b>Arbeitslosigkeit</b>	%, EZ	9,8	10,3	9,5	8,9	7,7	<b>6,1</b>
<b>Handelsbilanz</b>	Mrd. CZK	-71,3	-69,8	-26,4	41,2	39,8	<b>80,0</b>
<b>Leistungsbilanz</b>	Mrd. USD	-4,2	-5,7	-5,8	-1,9	-4,6	<b>-5,5</b>
<b>Leistungsbilanz</b>	% BIP	-5,5	-6,2	-5,2	-1,6	-3,1	<b>-3,3</b>
<b>Kapitalbilanz</b>	Mrd. USD	10,6	5,6	7,0	6,4	5,1	<b>5,8</b>
<b>Kapitalbilanz</b>	% BIP	14,1	6,1	6,3	5,2	3,5	<b>3,5</b>
<b>Haushaltsdefizit</b>	% BIP	-1,9	-4,2	-3,4	-1,9	-3,0	<b>-2,3</b>
<b>Devisenreserven</b>	Mrd. USD	23,7	27,0	28,4	29,5	31,3	<b>33,5</b>
<b>Wachstum der Geldmenge</b>	%, EZ	3,5	6,9	4,4	8,0	9,9	<b>10,0</b>
<b>PRIBOR 3M</b>	%, Ø	3,6	2,3	2,4	2,0	2,3	<b>3,1</b>
<b>Wechselkurs CZK/EUR</b>	Ø	30,8	31,8	31,9	29,8	28,4	<b>27,8</b>
<b>Wechselkurs CZK/USD</b>	Ø	32,7	28,2	25,7	24,0	22,6	<b>20,3</b>

Anmerkungen:

<sup>+</sup>) geschätzt

) seit 2004 in einer neuen Methodik

KP – konstante Preise

EZ – Ende des Zeitraums

Ø – Durchschnitt

Quelle: Tschechische Nationalbank, Tschechisches Statistikamt, Schätzungen der Komerční banka

### 2.1 Wirtschaftswachstum

Im Jahr 2007 bestätigte die tschechische Wirtschaft ihre starke Aktivität, was zur weiteren Festigung der tschechischen Währung gegenüber den wichtigsten westlichen Währungen beitrug. Gleichzeitig erschienen in diesem Jahr jedoch auch erste Signale, dass die Wirtschaft den Höhepunkt des Konjunkturzyklus erreicht hat. Ein noch stärkeres Wirtschaftswachstum ist vor allem durch die Kapazität der tschechischen Wirtschaft begrenzt. Ein Hindernis ist hier insbesondere der Fachkräftemangel, der zusätzlich die Löhne nach oben treibt und in der tschechischen Wirtschaft zu einem Inflationsdruck der Nachfrage führt. Dies bestätigt sich auch in der Struktur des Wirtschaftswachstums, bei dem in den ersten drei Quartalen des Jahres 2007 eindeutig die Nachfrage der Privathaushalte vorherrschte. Deren Struktur war dabei sehr ausgewogen: der Verbrauch der Privathaushalte stieg um 6 %, bei Privatinvestitionen um 5,5 %.

Das Bruttoinlandsprodukt stieg vom ersten bis zum dritten Quartal des Jahres 2007 um 6,3 %, dabei verlangsamte sich die Dynamik im Jahresverlauf von anfänglich 6,4 % auf 6 % im dritten Quartal. Auch der wichtigste Faktor im Wirtschaftswachstum – der Verbrauch der privaten Haushalte – wies eine ähnliche Entwicklung auf. Das BIP-Wachstum wird 2007 etwa 6 % erreichen, etwas weniger als im Vorjahr. Die aktuellen makroökonomischen Zahlen aus den Herbstmonaten lassen darauf deuten, dass im nächsten Jahr 2008 kein Wachstum über 6 % mehr erreicht werden kann.

Im Jahr 2008 wird das Wirtschaftswachstum mit ziemlicher Sicherheit auf unter 5 % sinken (internationale und einheimische Prognosen sprechen von 4,2 – 4,8 %). Für diese Verlangsamung werden wahrscheinlich sowohl in- als auch ausländische Faktoren verantwortlich sein. Im Inland wird die

Verbrauchsnachfrage durch die striktere Währungspolitik und die Folgen der Finanzreform sinken (Preisanstieg infolge einer Erhöhung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes). Als äußerer Faktor wird sich auf die tschechische Wirtschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der Einfluss des hohen Eurokurses in den Ländern der Eurozone auswirken, dieser Risikofaktor trifft vor allem die tschechischen exportorientierten Unternehmen.

Das tschechische Wirtschaftswachstum ist in den letzten Jahren bedeutend höher als in den wichtigsten Ländern der Eurozone (siehe Tab. 2). Bezogen auf die Aktivität pro Kopf und umgerechnet nach der Kaufkraftparität, nähert sich die tschechische Wirtschaft somit im Jahr 2007 etwa zwei Dritteln der Werte in der Eurozone. Auch trotz des im nächsten Jahr zu erwartenden geringeren Wirtschaftswachstums wird das tschechische Wachstum wiederum höher als in den meisten westeuropäischen Staaten sein. Die Annäherung an die Leistungsfähigkeit der Eurozone wird sich somit erfolgreich fortsetzen.

**Tab. 2: Wachstum des BIP in Prozent**

Länder	2002	2003	2004	2005	2006	2007 <sup>+</sup>
EU 27	1,2	1,3	2,5	1,8	3,0	2,7
EU 12	0,9	0,8	2,0	1,5	2,8	2,6
Deutschland	0,0	-0,2	1,1	0,8	2,9	2,7
Frankreich	1,0	1,1	2,5	1,7	2,0	2,1
Großbritannien	2,1	2,8	3,3	1,8	2,8	2,8
Österreich	0,9	1,2	2,3	2,0	3,3	2,9
Polen	1,4	3,9	5,3	3,6	6,1	6,5
Slowakei	4,1	4,2	5,4	6,0	8,3	9,0
Tschechische Republik	1,9	3,6	4,6	6,5	6,4	5,8
Ungarn	4,4	4,2	4,8	4,1	3,9	2,5

<sup>+</sup> geschätzt

Quelle: Europäische Kommission

## 2.2 Wichtigste Wirtschaftssektoren

### Industrie

Für das tschechische Bruttoinlandsprodukt ist die verarbeitende Industrie immer noch der wichtigste Industriesektor. Am gesamten BIP beteiligt er sich etwa mit einem Viertel. Im Jahresverlauf wurde die Industrie positiv durch die Konjunktur in den Ländern der wichtigsten Handelspartner beeinflusst, ebenso wie durch die starke inländische Nachfrage. Im ersten Halbjahr stieg die Industrieproduktion im zweifelligen Bereich, ab August ist eine leichte Verlangsamung zu verzeichnen. Insgesamt wird das Industriewachstum 9 – 10 % betragen, ein ähnliches Ergebnis wie im letzten Jahr.

Das Industriewachstum konzentrierte sich im Jahr 2007 fast nur auf die verarbeitenden Branchen, die Rohstoffförderung sowie die Strom-, Gas- und Wasserproduktion stagnierten. Die Branchen mit dem stärksten Wachstum waren die elektrotechnische Industrie, Maschinenbau allgemein und die Automobilindustrie, dicht gefolgt von der schnell wachsenden Gummi- und Kunststoffproduktion. Einen großen Anteil an der guten Leistung der verarbeitenden Industrie haben die Unternehmen unter ausländischer Kontrolle, die an der Wertschöpfung der verarbeitenden Industrie schon zu etwa einer Hälfte beteiligt sind. Die Produktivität und Rentabilität der ausländischen Unternehmen ist nachhaltig höher als bei den rein tschechischen Unternehmen.

Dank der guten ausländischen Nachfrage wurde die Industrie ebenso wie in den Vorjahren stark durch den Export unterstützt. Die Exporterlöse stiegen von Januar bis Oktober um 14,3 %, wesentlich mehr

als der Anstieg der Erlöse insgesamt (10,1 %). Hauptträger bei den Exporten sind wiederum die Unternehmen unter ausländischer Kontrolle mit einem Anteil von mehr als drei Vierteln an den Gesamtexporten.

In der Industrie entstehen immer mehr neue Arbeitsplätze, in den ersten zehn Monaten stieg ihre Zahl um 2 %. Das Verdienst daran gebührt vor allem den erfolgreichen verarbeitenden Branchen (Gummi- und Kunststoffindustrie, elektrotechnische Industrie, Maschinenbau allgemein und Fahrzeugindustrie). In allen genannten Branchen stößt die gestiegene Beschäftigung freilich schon auf begrenzte Ressourcen an qualifizierten Arbeitskräften. Der Fachkräftemangel führt zu einem Druck nach höheren Löhnen und Gehältern, wodurch sich das Verhältnis von Arbeitsproduktivität und Löhnen verschlechtert. Von Januar bis Oktober stieg die Produktivität in der Industrie um 7,3 %, die realen Löhne stiegen um 5,3 %; im dritten Quartal überstieg das Lohnwachstum mit 8,1 % jedoch schon den Anstieg der Arbeitsproduktivität (5,5 %). Sollte diese ungünstige Tendenz anhalten, würde sich die Wettbewerbsfähigkeit der tschechischen Produkte verschlechtern, was sehr ungünstige Folgen für den Standort Tschechien haben könnte, zusammen mit der starken Krone aber vor allem für die Exporte eine Gefahr darstellt.

### **Bauwesen**

Dank des milden Wetters waren Bauarbeiten fast den ganzen Winter hindurch möglich, was zu einem Rekordwachstum der Baubranche um 18,1 % im Zeitraum von Januar bis Mai 2007 führte. Im zweiten Halbjahr nahmen die Aktivitäten leicht ab, nicht nur als Korrektur der extremen Zunahmen im ersten Halbjahr, sondern auch als Folge von Kapazitätsproblemen. Diese Probleme machten vor allem dem Tiefbau zu schaffen, dessen Leistung in den ersten zehn Monaten um 6,1 % zurückging. Fast das gesamte Wachstum in der Baubranche ist somit dem Hochbau zuzuschreiben, der ein Wachstum von 14,3 % erreichte. Insgesamt stiegen die Bauleistungen in den ersten zehn Monaten des Jahres 2007 um 6,8 %, für das gesamte Jahr wird ein Wert von etwa 6 % erwartet.

Das Wachstum in der Baubranche wurde vor allem durch öffentliche Aufträge erreicht. Immer noch laufen große Infrastrukturprojekte wie der Bau von Umgehungsstraßen um große Städte, Autobahnen, Modernisierung der Eisenbahnstrecken und Verlängerung des Prager U-Bahn-Netzes. Nach Meinung der Investoren hatten jedoch alle diese Projekte im letzten Jahr stark unter Problemen bei der Vorbereitung zu leiden, die wahrscheinlich auch auf die lange Zeit der Unsicherheit nach den letzten Parlamentswahlen zurückzuführen ist. Das Wachstum im Bauwesen wird auch durch ausländische Investoren und Wohnungsbauprojekte unterstützt. Der Anteil des Wohnungsbaus am Bauwesen insgesamt liegt jedoch immer noch unter 20 %, weshalb auch eine sehr gute Entwicklung in diesem Sektor nur begrenzte Auswirkungen auf die Branche insgesamt hat.

Die äußerst hohe Nachfrage nach neuen Wohnungen und Eigenheimen hängt zum einen mit der demografischen Entwicklung zusammen. Die starken Bevölkerungsjahrgänge der siebziger Jahre erreichen jetzt ihre beste finanzielle Situation. Zum anderen spielt sicher auch die kommende Mehrwertsteuererhöhung eine Rolle. Die letzten Daten für die ersten drei Quartale des Jahres 2007 mit einem Anstieg neu begonnener Wohnungsbauprojekte um fast 8 % deuten jedoch darauf hin, dass das Wachstum in diesem Sektor keine „Immobilienblase“ zur Vermeidung der Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 2008 war, sondern dass die Bevorzugung vom Wohnen in den eigenen vier Wänden (mit geringerem Tempo) auch weiterhin andauern wird.

Sehr dynamisch entwickelt sich auch weiterhin der Hypothekenmarkt – Kredite für Wohnbedarf allgemein stiegen im ganzen Jahr um 30 bis 40 %. Vom gesamten Kreditvolumen, das im Jahr 2007 an tschechische Haushalte vergeben wurde (ca. 700 Mrd. CZK), entfallen auf Kredite im Wohnbereich mehr als 80 %. Es ist freilich festzustellen, dass der Anteil der Hypotheken mit knapp über 10 % am BIP im

europäischen Vergleich immer noch sehr gering ist. Zumindest mittelfristig gibt es deshalb noch viel Raum für ein weiteres Wachstum des Hypothekenmarktes.

Die Zahl der Arbeitskräfte im Bauwesen sank im untersuchten Zeitraum um etwa 2 %. Dieser Rückgang hängt mit mehreren Tatsachen zusammen. Erstens werden Arbeitskräfte im Bauwesen oft über Leiharbeitsfirmen vermittelt, die in der Statistik nicht als Arbeitskräfte im Bauwesen erscheinen. Zweitens kommt auch hier das breitere Problem der tschechischen Wirtschaft zum Tragen, nämlich der Mangel an Arbeitskräften allgemein und besonders an qualifizierten Facharbeitern. Nicht zuletzt ist im Bauwesen auch die Schwarzarbeit viel mehr als in anderen Branchen verbreitet.

Die Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage an Bauarbeitern sind jedoch regional stark unterschiedlich. Für ganz Tschechien entspricht die Zahl freier Stellen in etwa der Zahl der arbeitslosen Bauleute. In Prag mit seinem Bauboom beträgt die Zahl der Arbeitslosen nur ein Fünftel der freien Stellen, in Regionen Nordböhmens mit hoher Arbeitslosigkeit (Teplice, Usti nad Labem, Chomutov) bewerben sich immer noch viel mehr Arbeitslose um jeden freien Arbeitsplatz.

Insgesamt wird das Wachstum im Bauwesen etwa 6 % erreichen. Im nächsten Jahr dürften weitere Wachstumsimpulse aus den Infrastrukturprojekten zum Tragen kommen, der Etat des Staatlichen Infrastrukturfonds wurde für das Jahr 2008 auf eine Rekordhöhe von 91 Mrd. CZK aufgestockt. Ein bedeutender Anteil davon stammt aus EU-Mitteln in Höhe von 32 Mrd. CZK. Somit ist im Bauwesen auch im nächsten Jahr ein Wachstum von fünf bis sechs Prozent zu erwarten.

## **Einzelhandel**

Zusammen mit der starken Inlandsnachfrage haben sich im Jahr 2007 auch die Erlöse im Einzelhandel sehr dynamisch entwickelt. In den ersten drei Quartalen stiegen sie um 8,1 %, für das ganze Jahr 2007 werden fast 8 % erwartet. Der fundamentale Faktor für diese beständige Dynamik ist die Erhöhung der Verbrauchernachfrage der tschechischen Haushalte, für die es mehrere Motive gibt. Die verbesserte Arbeitsmarktlage ermöglichte zusammen mit der relativ niedrigen Inflation einen schnellen Anstieg der in den Haushalten zur Verfügung stehenden Mittel, gleichzeitig erhöht sich auch die Bereitschaft der tschechischen Haushalte sich zu verschulden. Hier kommt auch der demografischen Entwicklung eine Rolle zu, die starken Geburtsjahrgänge der siebziger Jahre haben steigende Einkommen und neigen eher zum sofortigen Verbrauch.

Das Wachstum der Erlöse im Einzelhandel ist vor allem auf die Entwicklung bei den Konsumgütern und den Verkauf von Automobilen zurückzuführen. Der Verkauf von Konsumgütern stieg in den ersten drei Quartalen um 10 %, der Verkauf von PKW um 11,8 %. Bei den Konsumgütern waren die treibenden Faktoren wie schon im Vorjahr Bekleidung (einschließlich von Schuhen) sowie Haushaltseinrichtungen (Möbel, weiße Ware, Elektronik). Der traditionelle tschechische Faktor Lebensmittel nahm im Jahr 2007 etwas ab, Grund dafür sind zum einen die hohen Investitionen in Wohnbedarf und PKW, zum anderen die Verteuerung der Lebensmittel. Die Erlöse beim Verkauf von Lebensmitteln stiegen 2007 etwa um 4 %.

Haushaltseinrichtungen wurden in den ersten drei Quartalen um 16 % mehr als im Vorjahr gekauft und sind eng an den Boom im Wohnungsbau gekoppelt. Da um die großen Städte immer mehr Satellitensiedlungen entstehen, werden auch immer mehr Autos angeschafft. Allgemein erhöhen sich durch die Bevorzugung von Wohneigentum die Ausgaben für Haushaltseinrichtungen, die Verbraucher sind bereit mehr auszugeben als in Mietwohnungen. Haushaltseinrichtungen werden auch häufig auf Kredit gekauft – sei es als kombinierte Hypothek, klassischer Verbraucherkredit oder Ratenkauf direkt beim Händler. Das Angebot an verschiedensten Krediten steigt ständig. Im letzten Quartal des Jahres 2007 überstieg das Volumen an Verbraucherkrediten einen Wert von 110 Mrd. CZK; nach Untersuchungen besteht daneben ein



ähnliches Volumen an Schulden in den Ratenkaufgesellschaften, die nicht unter die Bankenaufsicht der Zentralbank fallen (und in der Kreditstatistik nicht enthalten sind).

Ab Anfang nächsten Jahres ist jedoch ein Rückgang in der Dynamik des Einzelhandels zu erwarten, da die Inflation steigt und auch die striktere Währungspolitik zum Tragen kommt. Für das Jahr 2008 wird das Wachstum deshalb nur halb so hoch wie in diesem Jahr ausfallen.

## **2.3 Außenhandel und äußeres Gleichgewicht**

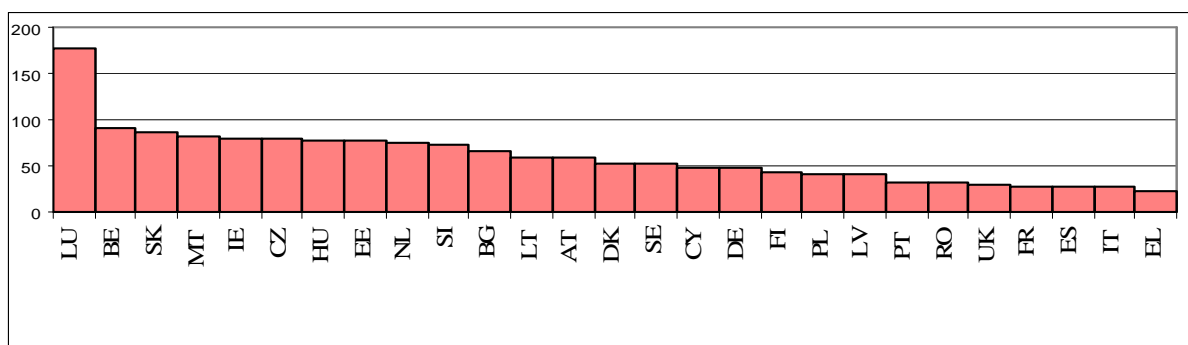
### **Außenhandel**

Im Jahr 2007 setzte sich die positive Entwicklung der tschechischen Handelsbilanz fort. Für das ganze Jahr wird ein Überschuss von etwa 80 Mrd. CZK erwartet, etwa das Doppelte des Wertes von 2006. In den ersten zehn Monaten stiegen die Exporte um 16,4 %, die Importe um 14,6 %. Der Außenhandel steigt schneller als das tschechische BIP, weshalb die tschechische Wirtschaft auch immer offener wird: der Anteil von Waren- und Dienstleistungsexporten am BIP wird von der Europäischen Kommission für das Jahr 2007 auf 80 % geschätzt, die sechste Stelle im Rahmen der EU 27 (siehe Abb. 2). Der Außenhandel ist deshalb für die kleine und sehr offene Volkswirtschaft von außerordentlicher Bedeutung. Andererseits gerät die tschechische Wirtschaft damit auch in eine starke Abhängigkeit von der äußeren Entwicklung, und zwar sowohl auf der Angebotsseite (Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt) als auch auf der Nachfrageseite (Konjunktur in den Hauptabnahmeländern).

Den größten Anteil am tschechischen Außenhandel haben auch weiterhin Maschinen und Fahrzeuge, Brennstoffe und Chemikalien. Der Maschinenbau weist einen hohen Überschuss auf (für 2007 geschätzt 310 Mrd. CZK), womit er die traditionell hohen Defizite bei Brennstoffen und Chemikalien mehr als ausgleicht. Die Tschechische Republik exportiert in mehr als 160 Länder Automobile, nur bei einem Fünftel davon ist die Handelsbilanz in der Automobilbranche negativ. Ein Drittel aller PKW wird zum wichtigsten Handelspartner Tschechiens exportiert – in die Bundesrepublik Deutschland.

Der schwache Dollar ist zwar für die wirtschaftliche Entwicklung Europas und demzufolge auch Tschechiens ein Risiko, gegenwärtig überwiegt jedoch sein positiver Einfluss auf die tschechische Handelsbilanz. Er kompensiert nämlich zum großen Teil die hohen Rohstoffpreise an den Weltmärkten. Somit sinkt das Defizit beim Handel mit Rohstoffen auf etwa 120 Mrd. CZK, bei den Chemikalien erhöht es sich hingegen leicht auf etwa 90 Mrd. CZK.

Wichtigste Handelspartner der Tschechischen Republik sind auch weiterhin die Länder der Europäischen Union, die sich nach der letzten EU-Erweiterung mit schon 85 % an den tschechischen Exporten beteiligen werden. Bei den Importen beträgt ihr Anteil etwa 75 %. Insgesamt generiert die tschechische Wirtschaft mit den EU-Ländern einen hohen Überschuss, der für das Jahr 2007 auf 350 Mrd. CZK geschätzt wird. Von den einzelnen Ländern kommt der Bundesrepublik Deutschland wiederum die größte Bedeutung zu, nach Deutschland gehen fast 35 % aller tschechischen Exporte.

**Abb. 2: Anteil des Exports von Waren und Dienstleistungen am BIP (in Prozent)**

Quelle: Europäische Kommission

### Äußeres Gleichgewicht

Im ersten bis dritten Quartal erreichte das Defizit der Leistungsbilanz einen Betrag von 73,9 Mrd. CZK, für das ganze Jahr wird das Defizit der Leistungsbilanz deshalb etwa 110 bis 120 Mrd. CZK betragen. Das sind etwa 3,3 % des BIP. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine merkliche Erhöhung des Leistungsbilanzdefizits (absolut praktisch doppelt so hoch), aber auch in der Beziehung zum BIP (im Jahr 2006 waren es nur 3,1 % des BIP). Der erwartete Wert ist immer noch relativ weit unter der sensiblen Grenze von 5 % BIP, die von den internationalen Institutionen und ausländischen Investoren als Risikogrenzwert angesehen wird.

Hauptproblem der tschechischen Leistungsbilanz ist jedoch gegenwärtig das steigende Defizit der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Dieses Defizit erreichte allein in den ersten drei Quartalen einen Wert von 186,5 Mrd. CZK, also mehr als im gesamten letzten Jahr. Hauptursache für das Anwachsen des Defizits dieser Bilanz ist der schnelle Anstieg der Ausgaben, die mit dem höheren Anteil von Unternehmen unter ausländischer Kontrolle in der Tschechischen Republik zusammenhängen, eine natürliche Auswirkung des massiven Zustroms ausländischer Direktinvestitionen nach Tschechien.

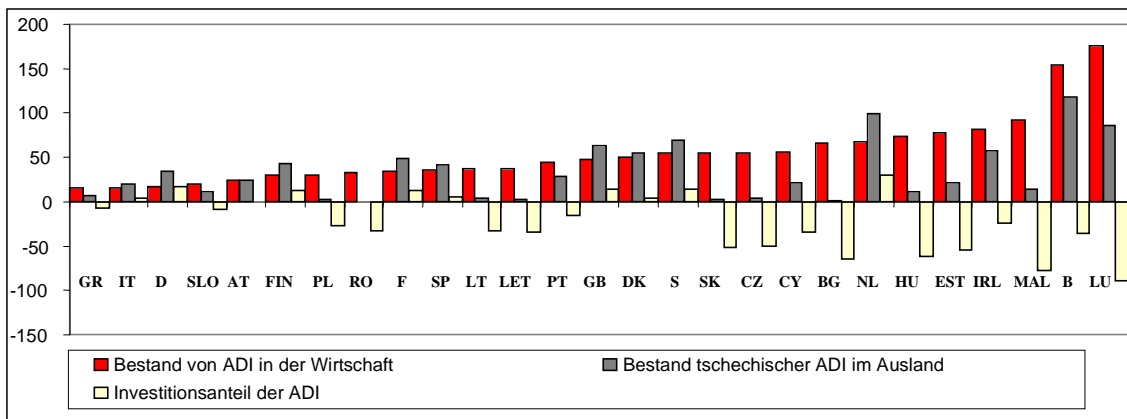
Der größte Teil des Defizits der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen ist im Jahr 2007 dem negativen Saldo bei den ausländischen Direktinvestitionen (ADI) zuzuschreiben (geschätzt 210 Mrd. CZK). Der Einfluss der übrigen Investitionen sowie der Portfolio-Investitionen war in den letzten zwei Jahren positiv. Die ADI sind somit der Hauptfaktor zum einen für den schnellen Anstieg des Defizits der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen und zum anderen für das Defizit der Leistungsbilanz insgesamt.

Der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen war im Jahresvergleich hoch, nicht nur aus der Sicht von Transformationsländern, sondern auch bezogen auf entwickelte Volkswirtschaften. Von 1993 bis Mitte 2007 flossen in die Tschechische Republik in der Summe 1 884 Mrd. CZK (63,9 Mrd. USD). Der Zustrom von ADI ist auch im internationalen Vergleich hoch. Abb. 3 zeigt den gesamten relativen Bestand, also den Anteil der ADI am inländischen BIP Ende 2006 für die Länder der EU 27. Hier belegte Tschechien den zehnten Platz – ADI machen in der tschechischen Wirtschaft gegenwärtig etwa die Hälfte des jährlich geschaffenen BIP aus. Von den entwickelten EU-Ländern gibt es höhere Werte bei den ADI vor allem in Luxemburg, Belgien, Irland und den Niederlanden. Im Vergleich zu den neuen EU-Ländern der EU 27 war der tschechische Anteil von ADI in der Wirtschaft nur gegenüber Estland, Ungarn und Bulgarien niedriger.

Im Unterschied zu den entwickelten Ländern ist der sog. Investitionskreislauf in den Transformationsländern bei weitem noch nicht abgeschlossen – diese Länder haben nicht nur ein hohes

Volumen an ADI in ihrer Wirtschaft, die Investitionswerte im Rahmen der ADI sind auch stark negativ (in den meisten Fällen entsprechen sie gerade dem Volumen an ADI). Für die Wirtschaften führt das zu gewissen Konsequenzen. Abb. 3 zeigt neben dem Bestand an ADI auch die Anteile der Investitionen. Hier nimmt die tschechische Wirtschaft die sechsthöchste negative Position ein (nach Luxemburg, Malta, Bulgarien und Estland zusammen mit der Slowakei). Im Unterschied zu den Niederlanden, Belgien (und teilweise auch Irland) sind Investitionen tschechischer Unternehmen im Ausland noch minimal. Es wird mindestens zehn, eher jedoch zwanzig Jahre dauern, bevor sich die große Differenz zwischen ADI in der Tschechischen Republik (52 % des BIP) und tschechischen ADI im Ausland (5 % des BIP) verringert.

**Abb. 3: Ausländische Direktinvestitionen: Bestand und Investitionsanteil (in % des BIP)**



Quelle: UNCTAD

Die Ertragsquote der ausländischen Direktinvestitionen hat sich in den letzten Jahren auf über 10 % stabilisiert und mit dem größeren Volumen der ADI insgesamt und ihrem erhöhten Anteil an der tschechischen Wirtschaft steigen auch die mit ihnen verbundenen Ausgaben. Die Erträge aus ADI werden in Re-Investitionen und Dividendenzahlungen unterteilt. Für das Jahr 2007 kann das Volumen von Re-Investitionen auf 120 Mrd. CZK geschätzt werden, etwa derselbe Betrag entfällt auf Dividenden. Der Anteil der Re-Investitionen war in der letzten Dekade in Tschechien relativ hoch, bislang wurden durchschnittlich 60 % der Gewinne reinvestiert. Insgesamt ist klar eine Tendenz von Re-Investitionen zu Dividenden zu verzeichnen: während 2001 noch mehr als drei Viertel des Gewinns reinvestiert wurden, betrug der Anteil der Re-Investitionen in den Jahren 2003 – 2005 nur etwas mehr als die Hälfte, im Jahr 2006 sank er auf 48 %. Die Dividendenzahlungen stiegen somit gegensätzlich von 22 % im Jahr 2001 auf 52 % im Jahr 2006. Im Jahr 2006 überstieg die Höhe der Dividendenzahlungen mit 89 Mrd. CZK auch zu ersten Mal das Volumen der reinvestierten Gewinne (82 Mrd. CZK).

Tab. 3: Erträge aus ausländischen Direktinvestitionen (ADI)

Jahr	Erträge aus ADI gesamt (Mrd. CZK)	Ertragsquote der ADI (in %)	Anteil des reinvestierten Gewinns (in %)
1999	32,5	n. a.	73,5
2000	47,7	n. a.	77,4
2001	74,2	8,2	77,9
2002	97,0	8,9	66,3
2003	113,0	10,2	53,9
2004	149,3	12,2	50,8
2005	151,1	10,7	51,8
2006	171,5	11,1	47,9

Quelle: Tschechische Nationalbank

Die Unterscheidung in Re-Investitionen und Dividenden ist deshalb wichtig, weil diese Arten unterschiedliche Auswirkungen auf das äußere Gleichgewicht haben. Re-Investitionen sind keine realen Geldströme, sie erhöhen das Investitionspotential des Landes und gefährden somit nicht die finanzielle Stabilität des Landes. Dividendenzahlungen hingegen sind eine direkte Belastung für die Leistungsbilanz und mindern auch das Potential für weitere Investitionen. Gegenwärtig wird das Defizit der Leistungsbilanz noch genügend vom Zufluss von Mitteln in die Kapitalbilanz ausgeglichen. In den ersten drei Quartalen erreichte der Überschuss der Kapitalbilanz 159 Mrd. CZK, woran der Zufluss neuer ausländischer Direktinvestitionen in Höhe von 102 Mrd. CZK einen bedeutenden Anteil hatte. Ein hoher Teil der ausländischen Direktinvestitionen bestand jedoch wie schon in den Vorjahren aus reinvestierten Gewinnen, Investitionen in Grundkapital gab es 2007 nur minimal.

## 2.4 Inflation, Wechselkurs, Währungspolitik

### Verbraucherpreise

Die hohe wirtschaftliche Aktivität, gezogen vor allem durch die Inlandsnachfrage, führte in der tschechischen Wirtschaft wieder zur Gefahr eines Nachfrage-Inflationsdruckes. Dazu kam noch der große Arbeitskräftemangel in vielen Branchen, der zu steigenden Löhnen führt. Die hohen Rohstoff- und Energiepreise wurden auch allmählich in die Produktionspreise übernommen. Ein neuer Faktor war die Umkehr bei den Lebensmittelpreisen: nach einer langen Zeit relativ stabiler Preise begannen sie im Jahr 2007 zu steigen. Der aktuelle hohe Preisanstieg bei den Lebensmitteln ist eine Folge der steigenden Preise für landwirtschaftliche Waren insgesamt, die wiederum teilweise auf das durch die EU-Agrarpolitik gefesselte unflexible Angebot, hauptsächlich jedoch auf die gestiegene Nachfrage aus den asiatischen Ländern und neu von den Biokraftstoffproduzenten zurückzuführen sind. Im November 2007 waren die Lebensmittel um 10,4 % teurer als im Vorjahr.

Ein nicht unerheblicher Teil des diesjährigen Preisanstiegs (etwa ein Viertel) stammt auch aus der Erhöhung der Tabaksteuer. Dazu kam ein Anstieg der Preise für Wohnbedarf, d. h. nicht nur die gesteigerten Energie- und Wasserpreise, sondern nach längerer Zeit auch ein Anstieg der Mieten bei Wohnungen mit Mietpreisbindung. Die mit Wohnbedarf verbundenen Kosten waren im November 2007 um 5,2 % höher als ein Jahr früher.

Die Jahresinflation erreichte im November einen Wert von 5 %, den höchsten Wert in den letzten sechs Jahren. Zum Jahresende wird der Anstieg der Verbraucherpreise etwas mehr als 5 % betragen, die durchschnittliche Inflation etwa 2,8 %. Anfang 2008 ist ein weiterer starker Inflationsdruck zu erwarten, wenn die regulierten Preise im Wohnbereich weiter erhöht werden (Mieten und Energien), bei Lebensmitteln und ausgewählten Dienstleistungen steigt die Mehrwertsteuer, die Tabaksteuer wird weiter erhöht und zusätzlich

werden so genannte Umweltsteuern eingeführt. Zum Jahresbeginn wird die Inflation deshalb wahrscheinlich 6 % übersteigen. Im Unterschied zu den letzten Jahren, wo Tschechien zu den Ländern mit der geringsten Inflation in den EU-Ländern gehörte (siehe Tab. 4), wird der Anstieg der tschechischen Preise im Jahr 2008 fast doppelt so hoch wie in den Ländern der Eurozone sein, für die im nächsten Jahr eine durchschnittliche harmonisierte Inflation von 2,5 % erwartet wird.

**Tab. 4: Entwicklung der durchschnittlichen Jahresinflation**

(harmonisierter Verbraucherpreisindex, in Prozent)

Länder	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007*
Belgien	2,5	1,6	1,5	1,9	2,5	2,3	1,7
Dänemark	2,3	2,4	2,1	1,2	1,8	1,9	1,6
Deutschland	2,0	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8	2,2
EU-12	3,2	2,3	2,1	2,2	2,2	2,2	2,1
Finnland	2,6	2,0	0,9	0,1	0,8	1,3	1,5
Frankreich	1,6	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,5
Griechenland	3,4	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	2,9
Großbritannien	2,4	1,3	1,4	1,3	2,0	2,3	2,3
Irland	4,9	4,7	4,0	2,3	2,2	2,7	2,8
Italien	2,8	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	2,0
Luxemburg	2,7	2,1	2,5	3,2	3,8	3,0	2,6
Niederlande	4,6	3,9	2,2	1,4	1,5	1,7	1,6
Österreich	2,7	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	2,1
Polen	5,5	1,9	0,7	3,4	2,2	1,3	2,3
Portugal	4,4	3,7	3,3	2,5	2,1	3,0	2,4
Schweden	2,4	2,2	1,9	0,4	0,5	1,4	1,9
Slowakei	7,3	3,1	8,6	7,5	2,7	4,5	2,7
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,1	3,4	3,6	2,8
Tschechische Republik	4,7	1,8	0,1	2,8	1,9	2,6	2,7
Ungarn	9,2	5,3	4,7	6,7	3,6	3,9	7,8

\* geschätzt

Quelle: OECD, *Economic Outlook 2007*

## Währungspolitik und Wechselkurs der Krone

Die Stärkung der tschechischen Krone, in den letzten zwei Jahren ein wichtiger Gegenfaktor gegen die Inflationsdrücke, verlor seit Februar 2007 ihre Wirkung. Im ersten Halbjahr schwächte der Kronenkurs von 27,8 CZK/EUR im Januar auf 28,5 CZK/EUR im Juni ab, teilweise auch wegen des negativen Zinsdifferentials, das sog. Carry Trades unterstützte. Dieser Faktor ging jedoch im Zuge der Turbulenzen auf den Weltmärkten unter, die tschechische Krone traf wieder auf ein starkes Interesse der Währungsinvestoren. Ab August festigte die Krone schnell bis auf einen Stand (im November) von 18,21 CZK/USD und 26,73 CZK/EUR. Im Dezember attackierte die Krone sogar einen Wechselkurs von 26 CZK/EUR. Die Aufwertung der Krone gegenüber dem US-Dollar ermöglichte es somit wieder – zumindest teilweise – die hohen Preise von Erdöl und einigen anderen importierten Rohstoffen auszugleichen. Insgesamt wird die Aufwertung der tschechischen Krone gegenüber dem Dollar einen hohen Wert von etwa 10 % erreichen, gegenüber dem Euro festigt die Krone 2007 durchschnittlich um 2 %.

Bis Mai 2007 blieb der grundlegende Zinssatz (Repo-Satz) auf einem Niveau von 2,5 %. Anfang Juni wurde der Grundzinssatz um 25 Basispunkte erhöht, im zweiten Halbjahr dann noch dreimal auf einen Wert von 3,5 % Mitte Dezember. Trotz dieser mehrmaligen Erhöhung sind die tschechischen Zinssätze immer noch **die niedrigsten von allen EU 25-Ländern**. Der Repo-Satz war im Dezember 2007 um 50 Basispunkte niedriger als der EZB-Leitzins. Gleichzeitig dauerte das relativ hohe Zinspotential zwischen dem 3-monatigen Interbankenzinssatz PRIBOR und dem entsprechenden europäischen Referenzzinssatz

(3-monatiger EURIBOR) über das ganze Jahr an. Der Jahresdurchschnitt des 3-monatigen PRIBOR betrug im Jahr 2007 3 %.

**Tab. 5. Währungskurse im Zeitraum 2001 – 2007 (Jahresdurchschnitte)**

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 <sup>+</sup>
<b>CZK/EUR</b>	34,1	30,8	31,8	31,9	29,8	28,4	27,8
<b>CZK/USD</b>	38,0	32,7	28,2	25,7	24,0	22,7	20,3

<sup>+</sup> geschätzt

Quelle: Tschechische Nationalbank

### Vorbereitung auf den Beitritt zur Eurozone

Ein gemeinsames Dokument der tschechischen Regierung und der Tschechischen Nationalbank vom August 2007 stellte fest, dass schon einige Voraussetzungen für Vorteile aus der Übernahme der gemeinsamen Währung geschaffen seien, andere würden jedoch nicht die verlangten Parameter erreichen. Größtes Hindernis für die Erfüllung der Maastricht-Kriterien sei immer noch das hohe Defizit der öffentlichen Finanzen. Ein weiteres Risiko für einen Beitritt Tschechiens zur Eurozone sei die geringe Flexibilität der Wirtschaft, vor allem des Arbeitsmarktes.

Nach dem genannten Papier leitet sich ein mögliches Datum für die Übernahme des Euro von der Überwindung der genannten Probleme im Rahmen einer grundsätzlichen Reform der öffentlichen Finanzen und dem Erreichen einer besseren Flexibilität der tschechischen Wirtschaft ab. Die Regierung stellte sich das Ziel höchste Reformbestrebungen zu entwickeln, um diese Hindernisse bis zum Ende der aktuellen Wahlperiode zu überwinden.

Im November 2007 erklärte der Premierminister dann, dass das Jahr 2012 als Jahr der Einführung des Euro unrealistisch sei. Dies war die erste konkrete Erklärung zum Termin der Einführung des Euro in diesem Jahr. Die Verschiebung dieses im letzten Jahr noch geplanten Datums wurde auch von der Tschechischen Nationalbank unterstützt, nach ihrer Meinung ist die tschechische Wirtschaft noch nicht vollständig für die Übernahme des Euro vorbereitet und eine frühere Übernahme würde zu wesentlich höheren Inflationsdrücken führen. Der Aufschub des Beitritts zur Eurozone deckt sich grundsätzlich auch mit dem Standpunkt der Europäischen Zentralbank, die immer größeren Wert auf eine nachhaltige Erfüllung der Maastricht-Kriterien legt, nicht nur auf eine kurzfristige Entwicklung zur Einführung des Euro.

Ein Schritt zur nachhaltigen Annäherung an die Erfüllung der Maastricht-Kriterien war die Verkündung eines neuen Inflationsziels. Im März 2007 verkündete die Tschechische Nationalbank für den Zeitraum ab 2010 ein neues Inflationsziel für den Anstieg des Verbraucherpreisindex in Höhe von 2 % (mit einer Toleranz von +/- 1 %). Gleichzeitig erklärte sie, dass sie eine allmähliche Senkung der Inflation auf den Wert des neuen Ziels unterstützen werde, damit die Inflation vor dem genannten Jahr in der Nähe dieses Ziels liege. Die Senkung des Inflationsziels entspricht einer langfristigeren Perspektive der Inflationssteuerung in der Tschechischen Republik im Zusammenhang mit der Verschiebung des Beitritts zur Eurozone. Gleichzeitig entspricht das neue Inflationsziel dem Wert in den entwickelten Ländern der Eurozone und dem Wert, der auch von der EZB als Schwellenwert für die Erhaltung der Preisstabilität angesehen wird. Eine geringere Inflation in Tschechien erhöht die Chancen für die Erfüllung des Maastricht-Kriteriums der Preisstabilität und wird langfristig auch von geringeren nominalen Zinssätzen begleitet, wodurch in Zukunft auch die Erfüllung des Kriteriums der Zinssätze bei gleichzeitiger Einhaltung des Inflationskriteriums wahrscheinlicher wird.

## **Nutzung der EU-Fördergelder**

Für die Förderperiode 2004 – 2006 wurden für die Tschechische Republik 40 Mrd. CZK bereitgestellt, von denen nach Angaben der Europäischen Kommission (Herbst 2007) bis Ende 2006 etwa 46 % tatsächlich gezogen wurden. Unter den zehn neuen Mitgliedsstaaten kam Tschechien somit auf die drittletzte Stelle vor Lettland mit 45 % und Zypern mit 41 %. Insgesamt geht aus den Angaben eine große Differenz bei der Inanspruchnahme von EU-Fördergeldern hervor – während die „alten“ Mitgliedsstaaten 75 % der geplanten Mittel nutzen konnten, waren es bei den „neuen“ nur 57 %. Die Mittel für den genannten Zeitraum können bis Ende 2008 verbraucht werden. Erst dann wird auch die Erfolgsquote abschließend bewertet werden können, dennoch ist es schon heute offensichtlich, dass in den neuen Mitgliedsstaaten noch keine funktionsfähige Administration für die Verwaltung der EU-Fördergelder besteht.

Die Situation in der Tschechischen Republik war lange schwieriger, da die Verhandlungen über eine neue Regierung sieben Monate dauerten. Das schlug sich auch bei der Fähigkeit zur Inanspruchnahme von EU-Fördergeldern nieder. Weitere Probleme waren die Lahmlegung des Ministeriums für Regionalentwicklung (eines der wichtigsten „EU-Ministerien“) durch die Korruptionsaffäre und den späteren Rücktritt des Ministers für Regionalentwicklung Jiri Cunek und die inkompetente Führung des gleichfalls wichtigen Ministeriums für Schulwesen.

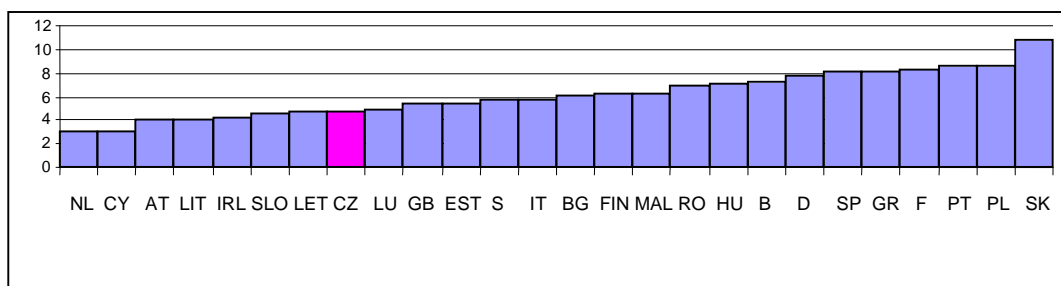
In der gegenwärtigen Förderperiode 2007 – 2013 sollte sich die Lage jedoch bessern, die Tschechische Republik könnte insgesamt 730 Mrd. CZK Fördergelder erhalten (etwa 27 Mrd. EUR). Im Dezember wurden die meisten der 24 vorgeschlagenen tschechischen operationellen Programme genehmigt, auf die Bestätigung warteten nur noch die Programme unter Schirmherrschaft des Schulministeriums. Nach Meinung von Experten werden EU-Förderungen in der Tschechischen Republik auch durch die zu hohe Zahl von operationellen Programmen erschwert, weswegen bei Verhandlungen mit den EU-Behörden viele Stellen involviert sind und diese komplizierter werden. Andere mitteleuropäische Länder mit etwa der gleichen Wirtschaftskraft und Fläche – Ungarn und die Slowakei – haben im Vergleich zu Tschechien nur etwa die Hälfte der Zahl operationeller Programme. Ungarn hatte auch schon im Oktober alle seine 15 operationellen Programme genehmigt, für die Slowakei waren alle 11 operationellen Programme im Dezember bestätigt.

## **3. Soziale Entwicklung**

### **3.1 Arbeitsmarkt**

Im Jahr 2007 konnte dank der auch weiterhin guten wirtschaftlichen Entwicklung eine noch stärkere Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt als im Vorjahr verzeichnet werden. Zum Jahresende erreichte die Arbeitslosenquote einen Wert von 6 %, was gegenüber den 7,7 % von Ende 2006 wiederum eine wesentliche Verbesserung darstellt. Nach der international vergleichbaren EUROSTAT-Statistik sank die Arbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik im Oktober 2007 auf einen Wert von 4,8 %, wesentlich unter dem EU-Durchschnitt. Im europäischen Vergleich erreichte Tschechien damit den sechsten Platz.

Abb. 4: Arbeitslosigkeit

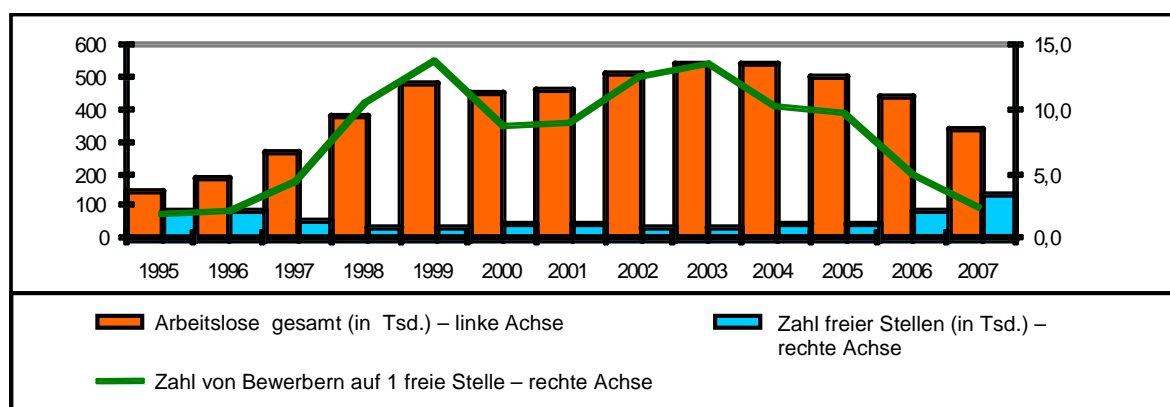


Quelle: EUROSTAT

Die Zahl der Arbeitslosen sank im November 2007 auf 341,4 Tsd. Personen, 91 Tsd. weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Bewerber auf eine freie Stelle sank gleichzeitig auf 2,4, den geringsten Wert im letzten Jahrzehnt. Die wichtigsten Kennziffern des Arbeitsmarktes haben somit die Werte von vor der Krise 1997 erreicht, jedoch bei geänderten volkswirtschaftlichen Vorzeichen: während sich vor zehn Jahren hinter den relativ günstigen Zahlen eine künstliche Überbeschäftigung verbarg, gefährdet heute der Mangel an Fachkräften das weitere Wirtschaftswachstum.

Die Gegensätze zeigen sich angesichts der Zahlen von 140 000 freien Stellen, etwa 350 000 Arbeitslosen (etwa die Hälfte davon sind Langzeitarbeitslose) und mehr als 200 000 legal beschäftigten Ausländern. Wenn die freien Stellen mit inländischen Arbeitslosen besetzt werden könnten, würde in der Tschechischen Republik sozusagen Vollbeschäftigung herrschen. Dass die außerordentlich hohe Zahl freier Stellen nicht aus einheimischen Ressourcen besetzt werden kann, ist vor allem auf die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes zurückzuführen, der insgesamt wenig flexibel ist. Dazu kommt noch das relativ weiche soziale System, das kaum zur Aufnahme einer Arbeit motiviert. Ausländische Arbeitskräfte konkurrieren den tschechischen Arbeitslosen vor allem im Niedriglohnsektor, da sie bereit sind für geringere Löhne (und allgemein schlechtere Bedingungen) zu arbeiten als Tschechen. Als Ergebnis steigt dann vor allem die Arbeitslosenrate in den Gruppen mit niedrigem Bildungsabschluss.

Abb. 5: Arbeitslosigkeit und freie Stellen



Quelle: Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten



Ganz deutlich zeigt sich diese Entwicklung beim Vergleich der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bildungsgruppen. Arbeitslose nur mit Grundschulabschluss haben die höchste Arbeitslosigkeit insgesamt, fast zwei Drittel dieser Gruppe sind länger als ein Jahr arbeitslos und somit Langzeitarbeitslose (siehe Tab. 6). In der besten Lage sind schon traditionell Personen mit Hochschulabschluss, nach denen einen hohe Nachfrage am Markt herrscht.

**Tab. 6. Bildungsstand und Arbeitslosigkeit (Stand 3. Quartal 2007)**

Bildungsabschluss	Arbeitslosenquote (in %)	Davon Langzeitarbeitslose (in %)
Grundschule	18,8	70,0
Berufsschule ohne Abitur	5,6	49,7
Abitur	3,1	39,5
Hochschule	2,1	29,7
Insgesamt	5,2	50,5

Quelle: Tschechisches Statistikamt

Der tschechische Arbeitsmarkt zeichnet sich besonders durch die Unterschiede zwischen der Struktur von Stellenangeboten und Bewerbern aus. Auf den ersten Blick scheint es, dass es heutzutage sehr leicht, ist eine Arbeit zu finden. Das gilt freilich nicht absolut: die Nachfrage am Arbeitsmarkt ist stark spezialisiert, am meisten werden technische Facharbeiter, Bauarbeiter, Mechaniker und Montagearbeiter nachgefragt. In anderen Berufen ist es hingegen immer noch sehr schwierig, eine Stelle zu finden. Am schlimmsten ist es für Hilfsarbeiter, Bewerber ohne Bildungsabschluss, untere Bürokräfte und Verkäufer, wo auf eine freie Stelle mehr als sechs Bewerber kommen.

Große Differenzen herrschen auch regional. Bei den Arbeitsämtern sind zum Beispiel etwa 50 000 Hilfsarbeiter (und ähnliche Berufe) gegenüber etwa 10 000 freien Stellen registriert (d. h. 5 Bewerber auf eine freie Stelle). In Prag gibt es hingegen nur 1 000 solcher Arbeitsloser gegenüber 3 000 freien Stellen (also genau umgekehrt – 3 freie Stellen auf einen Bewerber). In den Problemregionen mit hoher Arbeitslosigkeit ist die Lage schwierig, auf mehrere Tausend Bewerber kommen nur ein paar Dutzend Stellen. Ähnlich gilt dies auch für die anderen genannten Berufe. Die Qualifikationsprobleme haben somit eine starke regionale Prägung, die auf eines der wichtigsten Strukturprobleme Tschechiens zurückzuführen ist, eine geringe regionale Mobilität der Arbeitskräfte. Die allgemeine Konservativität der Bevölkerung spielt dabei eine große Rolle, ein großes Hindernis ist aber in jedem Falle der immer noch nicht funktionierende Markt mit Mietwohnungen, bei dem die bestehende Mietpreisregulierung zu großen Verzerrungen führt. Im Zusammenhang mit dem allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit verringerte sich zwar auch die regionale Differenzierung der Arbeitslosigkeit leicht, die Unterschiede sind jedoch immer noch sehr hoch – in Prag und einigen zentralböhmischen Landkreisen beträgt die Arbeitslosigkeit etwa 2 % gegenüber ca. 10 % in Nordböhmen und Nordmähren. Diese strukturellen und regionalen Missverhältnisse sind auch für die Langzeitarbeitslosigkeit verantwortlich; mehr als die Hälfte der Arbeitslosen ist länger als ein Jahr ohne Arbeit.

Ein weiterer Indikator für die geringe Flexibilität des Arbeitsmarktes ist die höhere Arbeitslosigkeit und geringere Beschäftigungsquote der tschechischen Frauen. Deren Arbeitslosigkeit ist mit 7,3 % immer noch viel höher als bei den Männern (4,6 %), diese Differenz hat keine sinkende Tendenz. Gleichzeitig ist die Beschäftigungsquote der tschechischen Frauen im Vergleich zu den Männern sowie im EU-Vergleich relativ gering. Das hängt sicherlich auch mit dem ungenügenden Angebot an Teilzeit-Arbeitsverhältnissen zusammen: während in den Ländern der EU 15 nur 63 % der Frauen Vollzeit arbeiten, sind es in Tschechien ganze 92 % (ähnlich ungünstige Verhältnisse haben auch Ungarn und die Slowakei, während z. B. in den Niederlanden nur 25 % aller Frauen Vollzeit arbeiten). Nach einer Analyse des Tschechischen Statistikamtes

ist dies auch ein Grund für die höhere Geburtenrate in den Niederlanden und anderen europäischen Ländern – ein flexibler Arbeitsmarkt würde offensichtlich mehr zu einer positiven demografischen Entwicklung beitragen als flächendeckende Sozialleistungen. Frauen stellen auch bedeutende Ressourcen an Arbeitskräften statt, die den gegenwärtigen Arbeitskräftemangel mildern könnten.

**Tab. 7. Beschäftigungsquote und Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern (in %)**

Kennziffer	Frauen	Männer	gesamt
Arbeitslosigkeit	7,3	4,6	5,8
Beschäftigungsquote	56,9	74,1	65,5
Beschäftigungsquote (EU 15)	58,8	73,4	66,1

Quelle: Tschechisches Statistikamt

Ab Januar 2008 tritt eine Novelle des Arbeitsgesetzbuches in Kraft, die etwa 120 Veränderungen gegenüber der gegenwärtigen Fassung enthält. Die neue Version ist das Ergebnis von Verhandlungen der Regierung mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Die Veränderungen sollen den Arbeitsmarkt etwas liberaler gestalten, zusätzlich sollen einige Unklarheiten der noch geltenden Regelung beseitigt werden. So soll zum Beispiel die Bedingung der Zustimmung aller Arbeitnehmer zur Einführung eines flexiblen Arbeitszeitkontos abgeschafft werden. Es wird möglich sein, in den Tarifverträgen für Nachtarbeit und Arbeit an Wochenenden feste Beträge anstelle der heutigen prozentualen Zuschläge zu vereinbaren. Jugendliche dürfen gemäß der Novelle jetzt bis zu vierzig anstelle früher dreißig Stunden pro Woche arbeiten.

Im kommenden Jahr ist ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erwarten, wenn auch nicht in dem Maße wie im Jahr 2007. Der Rückgang hängt vor allem mit der starken wirtschaftlichen Aktivität zusammen. Jedoch ist schon jetzt klar, dass er auf strukturelle Hindernisse treffen wird. Es ist nur die Frage, wann dieser Faktor im größeren Maße ins Spiel kommt. Die volkswirtschaftlichen Parameter sind freilich miteinander verknüpft. Der Mangel an Arbeitskräften führt zu einem Wachstum der Löhne und Gehälter, somit zu einem Anstieg der Kaufkraft und größerem Inflationsdruck. Das Lohninflationsrisiko wird auch durch das Wachstum der Gehälter unterstrichen, das in diesem Jahr etwa 7,5 % erreichen wird, das höchste Wachstum der letzten fünf Jahre. Der Lohnanstieg erreicht auch allmählich den Anstieg der Arbeitsproduktivität, das ist ein weiterer Risikofaktor. In der verarbeitenden Industrie war z. B. der Anstieg der Arbeitsproduktivität im dritten Quartal nur halb so hoch wie das Wachstum der Reallöhne. Ein Missverhältnis zwischen der Entwicklung der Löhne und Gehälter und der Arbeitsproduktivität kann auch die Wettbewerbsfähigkeit der tschechischen Produzenten gefährden, die zusätzlich noch durch den Effekt der starken Währung belastet sind.

### 3.2 Öffentlicher Sektor

#### Reform der öffentlichen Finanzen

Die von der Regierung im Jahr 2007 durchgesetzten Reformmaßnahmen sind ein erster Schritt zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Die Änderungen betreffen vor allem das Steuersystem, die Sozialleistungen und in geringem Maße das Gesundheitssystem.

Bei den Löhnen wird der Steuersatz für das Jahr 2008 auf 15 % gesenkt, allerdings berechnet vom neu eingeführten so genannten Superbruttolohn (d. h. Bruttolohn plus Arbeitgeberanteil für Sozial- und Krankenversicherung). Im Jahr 2009 soll der Steuersatz weiter auf 12,5 % sinken. Dieser Wert entspricht

einer Steuer von ca. 19 % von der heutigen Steuerbemessungsgrundlage. Bei juristischen Personen sinkt die Körperschaftsteuer im Jahr 2008 auf 21 % (von heute 24 %), im Jahr 2009 auf 20 % und im Jahr 2010 auf 19 %. Der Grundsteuersatz bei der Mehrwertsteuer bleibt bei 19 %, erhöht wird jedoch der gemäßigte Steuersatz von 5 % auf 9 %. Wie aus den angeführten Zahlen hervorgeht, führt die gegenwärtige Reform zu einer modifizierten Variante eines Einheitssteuersatzes. Eine kleine, jedoch grundsätzliche Änderung ist die Einführung einer Beitragsbemessungsgrenze für Sozial- und Krankenversicherung in Höhe des Vierfachen des durchschnittlichen Superbruttolohns. Damit verliert die Tschechische Republik ihr Unikum – sie war das einzige EU-Land ohne eine solche Beitragsbemessungsgrenze, die freilich immer noch relativ hoch eingestellt ist.

Die Reform verschiebt den Schwerpunkt der Steuerlast von direkten zu indirekten Steuern, was für die Wettbewerbsfähigkeit positiv ist – in den Ländern mit den fortschrittlichsten Steuersystemen beträgt der Anteil der indirekten Steuern am Steueraufkommen insgesamt mehr als 40 %. In der tschechischen Wirtschaft war dieser Anteil hingegen lange einer der niedrigsten in der EU (knapp über 30 %), mit der Reform sollte er auf ca. 35 % steigen. Eine positive Veränderung ist auch die Senkung der Körperschaftsteuer, die zu einer Entlastung der Unternehmen führt. Teilweise wird diese Entlastung jedoch durch die Einführung der Umweltsteuern, die zu einer Verteuerung der Energien führen, und durch den höheren Mehrwertsteuersatz aufgehoben.

Auch trotz der vielen Veränderungen bleibt das tschechische Steuersystem immer noch sehr kompliziert und enthält sehr viele Ausnahmen, die vor allem kleinere und mittlere Unternehmen und Selbstständige behindern. Insgesamt sollte der Effekt der Steuerreform für den Unternehmenssektor leicht positiv ausfallen, wodurch auch die Wettbewerbsfähigkeit der tschechischen Unternehmen leicht steigen dürfte.

Im Gesundheitswesen bringt die Reform eine scheinbar geringe Änderung durch neu eingeführte Arztgebühren, die dennoch einen wesentlichen Eingriff in das in der Verfassung garantierte Recht auf kostenlose medizinische Versorgung darstellen. Die Verlängerung des Durchschnittsalters einerseits sowie der stürmische technische und medizinische Fortschritt andererseits führten aber zu untragbaren finanziellen Belastungen. Eine nachhaltige Finanzierung des Gesundheitswesens muss klare Definitionen für Leistungen haben, die von der Krankenkasse bezahlt werden, und zusätzlich vernünftige Varianten direkter Gebühren enthalten sowie Möglichkeiten einer Zusatzversicherung für Behandlungen über den Standard hinaus anbieten.

## **Staatshaushalt**

Der Staatshaushalt des Jahres 2007 wird mit einem Defizit von ca. 75 Mrd. CZK enden, das Defizit der öffentlichen Finanzen wird auf 3,4 % des BIP geschätzt. Für das nächste Jahr ist ein Haushaltsdefizit von 70,8 Mrd. CZK verabschiedet, nur ein sehr geringer Rückgang im Vergleich zum Vorjahr. Das gesamte Defizit der öffentlichen Finanzen, das neben dem Staatshaushalt auch die Etats der Sozial- und Krankenkassen, staatliche Gelder außerhalb des Staatshaushalts und die Haushalte der Kommunen einschließt, dürfte dann etwa 110 Mrd. CZK erreichen, etwa 2,95 % des BIP, also knapp unter der kritischen Grenze des Maastricht-Kriteriums. Nach dem verabschiedeten Staatshaushalt dürfte die Gesamtverschuldung der Tschechischen Republik fast die Grenze von 1 Billion CZK erreichen, was etwa 26 % des BIP entsprechen wird.

Der geringe Rückgang des Haushaltsdefizits im Jahr 2008 soll durch ein geringeres Wachstum der Ausgaben (6,4 %) gegenüber den Einnahmen (9,2 %) erreicht werden. Auch ein Anstieg der Ausgaben um sechs Prozent ist freilich sehr hoch und die Verbesserung des Saldos insgesamt wird somit nicht durch

Einsparungen, sondern vor allem durch eine massive Zunahme der Einnahmen erreicht, mit denen der Staatshaushalt dank der erwarteten sehr guten Leistung der tschechischen Wirtschaft fest rechnet. Der Haushaltsentwurf rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 5 %. Diese Zahl ist zu bezweifeln. Bei den Einnahmen stellen europäische Fördergelder ein großes Risiko dar. Der Staatshaushalt rechnet damit, dass im nächsten Jahr 76,1 Mrd. CZK genutzt werden können, mehr als das Doppelte des Betrages, den Tschechien bislang von der EU erhalten hat. Die sehr dynamische Schätzung der Haushaltseinnahmen hängt auch damit zusammen, dass der Staatshaushalt im Jahr 2008 noch nicht die vollen Auswirkungen der aktuellen Steuerreform zu spüren bekommt. Das sind Steuern, für die Vorauszahlungen entrichtet werden, die endgültige Abrechnung und damit die Auswirkung auf den Staatshaushalt wird erst im Jahr 2009 ans Tageslicht kommen.

Bei den Haushaltsausgaben kann ein geplanter Anstieg um mehr als 6 % kaum als Reformanstrengung gewertet werden. Die einzigen Ministerien, die gegenüber 2007 geringere Ausgaben haben, sind die Ministerien für Landwirtschaft, Schulwesen und Umwelt. Das größte Haushaltskapitel, das 40 % aller Ausgaben des Staatshaushalts verschlingt, die Sozialausgaben des Ministeriums für Arbeit und Soziales, steigen zwar nur um bescheidene 1,9 %, auch hier gibt es jedoch mehrere problematische Punkte. Ein Paradox des kommenden Staatshaushaltes ist die Stagnation beim Arbeitslosengeld trotz der Verschärfung der Bedingungen für eine Auszahlung und trotz des erwarteten weiteren Rückgangs der Arbeitslosigkeit. Außerdem sollen die Mittel für eine aktive Beschäftigungspolitik um weitere fast 2 Mrd. CZK erhöht werden, also um ein ganzes Drittel. Dabei ist die Effizienz solcher Beschäftigungsmaßnahmen äußerst diskutabel – das Hauptverdienst für die steigende Zahl neuer Arbeitsplätze hat nämlich die Wirtschaft, während sich die strukturellen Schwierigkeiten in der Qualifikation der Bewerber und ihrer Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt eher verschärfen.

Bei den Sozialausgaben blieb fast die Hälfte der neu eingeführten Sozialleistungen, die quer durch das politische Spektrum im letzten Wahlkampftraumel verabschiedet wurden, erhalten. Ebenso wie ein Konsensus bei ihrer Verabschiedung im letzten Jahr vor den Wahlen gefunden wurde, müsste bei tatsächlichen Reformanstrengungen auch Einigung über ihre Abschaffung erzielt werden. Aus der Sicht der Wirtschaftspolitik ist es zudem offensichtlich, dass diese Ausgaben eher zu einem übermäßigen Anstieg des Verbrauchs führen und den Inflationsdruck aus der Nachfrage erhöhen. Die Zentralbank muss dann ihre Währungspolitik verschärfen, was wiederum Auswirkungen auf den Staatshaushalt hat, der höhere Zinsen für seine Verschuldung zahlen muss.

Dabei sind die schnell steigenden Zahlungen für die Bedienung der Staatsverschuldung ein grundsätzliches Problem, auf das im Zusammenhang mit dem Staatshaushalt hingewiesen werden muss. Seit 2001, als der Schuldendienst 17 Mrd. CZK erreichte, hat sich diese Belastung mehr als verdoppelt. Der Staatshaushalt für 2008 rechnet mit einer weiteren Steigerung um 7 Mrd. CZK auf insgesamt 46,6 Mrd. CZK. Dieser Trend wird sich noch beschleunigen, da er nicht von der steigenden Verschuldung insgesamt, sondern auch von der Höhe der Zinssätze abhängt. Diese waren in den letzten Jahren extrem niedrig, seit 2007 steigen sie jedoch wieder, für 2008 ist eine ähnliche Entwicklung zu erwarten. Obwohl die absolute Höhe der Staatsverschuldung bislang noch nicht kritisch ist, steigt die Verschuldung des tschechischen Staates am schnellsten in Zentraleuropa. Da die Zinszahlungen schneller als die Einnahmen des Staatshaushalts steigen, fordert der Schuldendienst somit einen immer größeren Anteil der Einnahmen aus dem Staatshaushalt.

Insgesamt kann der Entwurf des Staatshaushalts für das Jahr 2008 als klarer Beweis dafür gewertet werden, dass die gegenwärtige Reform der öffentlichen Finanzen nur ein Schritt zur Stabilisierung der Finanzen im kurzfristigen Horizont sein kann. Langfristig gesehen benötigen die tschechischen Finanzen jedoch grundsätzliche Eingriffe, und zwar vor allem bei den Ausgaben. Die Minderung der Steuerlast, eine der Prioritäten der gegenwärtigen Regierung, kann ebenso nicht ohne eine entsprechende Minderung auf

der Ausgabenseite verwirklicht werden. Neben stärkeren Bemühungen um einen politischen Konsensus bei Ausgabenkürzungen muss auch mehr Druck auf die Wirtschaftsführung der einzelnen Ministerien ausgeübt werden. Hier können gewisse Reserven für eine Verbesserung des Defizits in den kommenden Jahren gesehen werden. Auf ihren Tag wartet auch immer noch die Rentenreform, die mit dem Risiko eines schon im nächsten Jahrzehnt drohenden Defizits im Rentensystem fertig werden muss.

Die Schaffung einer nachhaltigen Finanzierung des Rentensystems sowie der Gesundheitswesens sind für eine langfristige nachhaltige Entwicklung der öffentlichen Finanzen von grundlegender Bedeutung.

#### **4. Zusammenfassung**

Im Jahr 2007 wurde in der Tschechischen Republik nach sieben Monaten Unsicherheit nach den Parlamentswahlen eine neue Regierung unter Premierminister Mirek Topolánek, dem Vorsitzenden der Partei ODS, gebildet. Obwohl als Wahlergebnis eine Pattsituation entstand und die Unterstützung der neuen Regierung im Abgeordnetenhaus sehr knapp ist, bewies die neue Regierung im ersten Jahr ihrer Arbeit eine relativ gute Aktionsfähigkeit. Zweimal überstand die Regierung eine Vertrauensfrage und es gelang ihr, erste Reformschritte im Bereich der öffentlichen Finanzen durchzusetzen.

In der tschechischen Wirtschaft setzte sich die starke Aktivität fort, die zu einer weiteren Annäherung an die entwickelten westeuropäischen Länder führte. Gleichzeitig erschienen im Jahr 2007 jedoch auch erste Signale, dass die Wirtschaft den Höhepunkt des Konjunkturzyklus erreicht hat. Eine weitere Steigerung des Wirtschaftswachstums scheidet vor allem an den begrenzten Kapazitäten der tschechischen Wirtschaft. Diese äußern sich insbesondere im Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, was zusätzlich zu einem Druck nach höheren Löhnen und Gehältern und zu einem Inflationsdruck der Nachfrage führt. Die Kombination dieser Faktoren und die Umlegung der hohen Rohstoff- und Energiepreise führten dazu, dass die Inflation in der Tschechischen Republik über die Obergrenze des Toleranzintervalls der Zentralbank stieg. Deshalb wurden die Basiszinssätze in Tschechien im Jahr 2007 insgesamt viermal erhöht; sie sind jedoch dennoch immer noch die niedrigsten von allen 27 EU-Ländern.

Der Hauptanteil des tschechischen Wirtschaftswachstums stammt schon traditionell von der verarbeitenden Industrie. Deren dynamische Entwicklung wird in großem Maße durch den Sektor der Unternehmen mit ausländischem Kapital sichergestellt, die nachhaltig exportorientiert sind. Diese Unternehmen stehen auch zum größten Teil hinter der Verbesserung der Handelsbilanz, die vor allem auf den guten Ergebnissen der Exporte im Maschinenbau beruht. Obwohl der schwache Dollar allgemein ein Risiko für die wirtschaftliche Aktivität in Europa und somit auch die Tschechische Republik darstellt, überwogen im Jahr 2007 noch seine positiven Auswirkungen. Der schwache Dollar kompensiert den größten Teil des hohen Preisanstiegs bei Erdöl und anderen Rohstoffen an den Weltmärkten. Die Turbulenzen an den Weltmärkten führten zudem noch zu einem größeren Interesse der Investoren an der tschechischen Krone, die gegenüber dem Euro nur leicht aufholte, gegenüber dem US-Dollar jedoch um fast 10 % festigte.

Die Stärkung der Krone wird von den tschechischen Exporteuren zwar als Risikofaktor für ihre Wettbewerbsfähigkeit eingeschätzt, Regierung und Zentralbank sehen jedoch noch nicht die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen für einen baldigen Beitritt zur Eurozone erfüllt. Haupthindernis bei der Erfüllung der Maastricht-Kriterien bleibt der nicht konsolidierte Zustand der öffentlichen Finanzen. Zusammen mit einer geringen Flexibilität der Wirtschaft, insbesondere des Arbeitsmarktes, wären dies Risiken für die Übernahme des Euro in der tschechischen Wirtschaft. Ein fest geplantes Datum für die Einführung des Euro gibt es gegenwärtig nicht – der Beitritt zur Eurozone soll nach Überwinden der makroökonomischen Schwächen erfolgen. Die Regierung hat sich das Ziel gesetzt, im Bereich der öffentlichen

Finanzen größte Reformanstrengungen zu entwickeln und die Flexibilität der tschechischen Wirtschaft so zu steigern, dass diese Hindernisse bis zum Ende der aktuellen Wahlperiode überwunden sind.

Die von der Regierung im Jahr 2007 im Parlament durchgesetzten Reformmaßnahmen sind ein erster Schritt zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Die Änderungen beziehen sich vor allem auf das Steuersystem, wo ab 2008 die modifizierte Variante eines einheitlichen Steuersatzes eingeführt wird, ferner wird das System der sozialen Sicherheit verschärft und leicht fortschrittliche Maßnahmen betreffen auch das Gesundheitswesen. Die wichtigsten Herausforderungen für zukünftige Reformbemühungen sind jedoch auch weiterhin die Schaffung eines nachhaltigen Finanzierungsrahmens für das Rentensystem und das Gesundheitswesen, die für die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen von grundlegender Bedeutung sind.

Für das nächste Jahr wird allgemein ein leichter Rückgang der Konjunktur erwartet. Dabei werden wahrscheinlich sowohl in- als auch ausländische Faktoren zum Tragen kommen. Die inländische Nachfrage, vor allem die Nachfrage der privaten Haushalte, sinkt vermutlich infolge der verschärften tschechischen Währungspolitik, dazu kommt die Auswirkung des erhöhten Mehrwertsteuersatzes für Lebensmittel und einige Dienstleistungen. Als äußerer Faktor wird im kommenden Jahr mit hoher Wahrscheinlichkeit der starke Euro zur Geltung kommen; dieses Risiko trifft vor allem die tschechischen Exportunternehmen. Das Wirtschaftswachstum dürfte höchstens 5 % erreichen, was jedoch auch weiterhin eine Annäherung der tschechischen Wirtschaft an die Länder der Eurozone bedeuten wird.

***\* Die Auffassungen der Autorin geben nicht unbedingt die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder.***